„diese Waffen vollständig zu beseitigen“

Die erste Konferenz der Vertragsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrages wird zur Nagelprobe, wie weit ein neues Sicherheitsdenken gelingt

Thomas Roithner

arbeitet im Internationalen Versöhnungsbund als Co-Kampagnenleiter für die Einführung des Zivilen Friedensdienstes und lehrt als Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien,

www.thomasroithner.at

Schon der frühe Vormittag des 6. August 1998 versprach einen heißen Tag. Zum 53. Mal jährte sich der Abwurf der Atombombe über Hiroshima. International herrschte wenig Bewegung bei Abrüstung. Vor den Linzer Zentralen der damaligen Regierungsparteien sollte eine etwa 5 Meter hohe Atomrakete aus Holz stationiert werden. Forderungen richteten sich an die Atomwaffenstaaten und die Regierungsfraktionen, dem NATO-Beitritt und der nuklearen Strategie eine deutliche Absage erteilen. Vor dem Heinrich-Gleißner-Haus der ÖVP blieb es nach der Stationierung der Rakete mucksmäuschenstill. Nur die Vorhänge bewegten sich sachte hinter den verschlossenen Fenstern.

Der Transfer der Rakete von der Donau in Richtung Mozartkreuzung brauchte drei starke Leute und den schmächtigen Autor dieser Zeilen. Den Landesgeschäftsführer der SPÖ musste niemand bitten. Er erwartete uns und hatte die Presse gleich selbst mitgebracht. Vor laufender Kamera erklärte er vor dem monströsen Requisit seine Position. Den durchgeschwitzten Friedensbewegten fehlte die Puste für eine Anmerkung, aber sie hatten eine Lektion über das politische Handwerk gelernt.

Quasi alles verboten

8204 Tage nach der Linzer Raketenstationierung trat der Atomwaffenverbotsvertrag im Jänner 2021 in Kraft. Er verbietet Entwicklung, Erwerb, Lagerung, Erprobung, Weitergabe, Stationierung oder sonst eine Ermunterung zur Vertragsverletzung. Gültig ist er für jene Staaten, die diesen ratifiziert haben, wenngleich er die Vision – „diese Waffen vollständig zu beseitigen“ – klar benennt. Mit Jahresbeginn 2022 gab es 59 Vertragsstaaten, weitere 30 haben unterschrieben und noch nicht ratifiziert und noch mal 49 Staaten haben bei der UNO vormals dafür votiert. Das sind insgesamt 70 % der Staaten. Innerhalb der EU-Staaten ist man uneinig und nur die Neutralen Österreich, Irland und Malta haben den Vertrag bislang ratifiziert.

Viel zu lange musste das Vertrösten bei der Abrüstung durch die Nuklearwaffenstaaten zur Kenntnis genommen werden. Der Entstehung des Vertrages hat sich nicht von den nuclear nine abhängig gemacht, sondern hat unter allen UN-Mitgliedstaaten eine Mehrheit für den Vertrag herausverhandelt. Staaten und Zivilgesellschaft zogen an einem Strang. 2017 wurde ICAN – die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen – mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Im Jahr 2022 wird die Konferenz der Vertragsstaaten und Beobachter in Wien stattfinden. Dass aufgrund der Pandemie die Teilnahme von Diplomatie und Zivilgesellschaft aus dem globalen Süden gewährleistet werden kann, hat der Konferenz-Präsident und österreichische Diplomat Alexander Kmentt die Verschiebung der Konferenz erklärt. Inklusion gilt nicht nur für die Vertragsentstehung und Vertragsinhalte, sondern auch für die beteiligten Akteure. Die offene Türe drückt sich auch dadurch aus, dass sich Staaten als Beobachter*innen angekündigt haben.

Menschliche Sicherheit

Die Entstehung des Vertrages wurde vom Gedanken getragen, dass die Folgen eines Atomwaffeneinsatzes weder in medizinischer, sozialer, ökologischer oder wirtschaftlicher Hinsicht kontrollierbar sind. Nicht primär die Sicherheit der Staaten, sondern human security steht im Zentrum.

Im Vertrag wird die „Hilfe für Opfer und Umweltsanierung“ behandelt. Von der Konferenz wird erwartet, dass eine Präzisierung entwickelt wird. Nadja Schmidt und Fabian Hämmerle von ICAN Austria erklären gegenüber *pax*: „Opferhilfe ist entscheidend, um die humanitären Ziele des Verbotsvertrages zu erreichen. Die Vertragsstaaten sollten eine starke Zusammenarbeit mit den von Atombombenabwürfen und -tests betroffenen Gemeinschaften suchen und deren Bedürfnisse, Wissen und Expertise berücksichtigen.“ Der inklusive Ansatz des Vertrages gilt besonders auch für den Opferschutz, so ICAN.

Friedensmahnmal für die der Atombombe zum Opfer gefallenen Kinder

Im Atomwaffenverbotsvertrag stehen „Maßnahmen zur Sanierung der Umwelt“. Fabian Hämmerle und Nadja Schmidt von ICAN Austria präzisieren für *pax* ihre Vorschläge für die Konferenz: „Im Bereich der Umweltsanierung sollten betroffenen Staaten, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinschaften, eine Bewertung der Schäden, Kontamination und möglicher Vorgehensweisen durchführen. Nicht betroffene Staaten sollten ihre Möglichkeiten zur Hilfe im Rahmen schon bestehender humanitärer Hilfe und Entwicklungsarbeit ausloten, dies kann durch das Bereitstellen technischer Expertise erfolgen.“ Nicht zu vergessen ist, dass ein effektiver Vertrag auch glaubwürdig kontrollierbar sein muss.

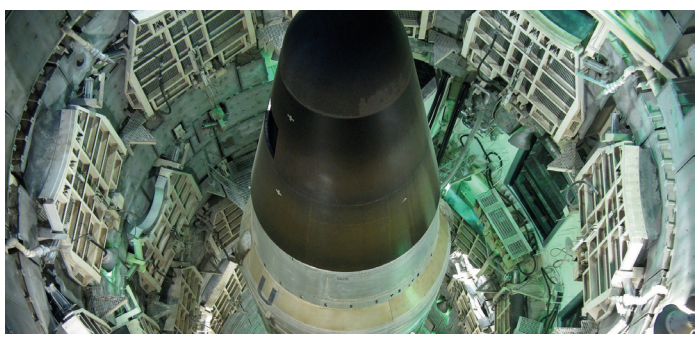
Mehr als Symbolik

Dem Vertrag wurde vorgeworfen, er wäre ohne die Atomwaffenstaaten nicht wirkungsvoll. Die USA haben auf ihre NATO-Verbündeten Druck ausgeübt und wollten andere Staaten zum Rückzug bewegen. Entbehrlich, wenn der Vertrag ein Papiertiger wäre. Mehr als nur ein Symbol ist, dass auch die NATO-Staaten Deutschland und Norwegen Beobachterstatus bei der Konferenz haben.

Über 100 Finanzinstitutionen haben bis dato Beschlüsse gefasst, sich an der Finanzierung von Atomwaffen nicht mehr zu beteiligen. Die Kampagne „Don’t Bank on the Bomb“ entzieht den Atomwaffenherstellern langsam das Geld. Europäische Rüstungsprogramme mit einer nuklearen Dimension stehen unter Kritik. Auch Studienergebnisse von think tanks, die von Atomwaffenproduzenten finanziell unterstützt werden, sollten mit mehr Skepsis beäugt werden.

Sicherheit neu denken

Ein Erfolg der Konferenz bedeutet nicht nur einen Erfolg für die Vision einer atomwaffenfreien Welt, sondern kann auch einen boost für andere Abrüstungsfragen bringen. Dazu gehören letale autonome Waffensysteme („Killerroboter“), Hyperschallwaffen oder die Militarisierung des Weltraums. Angesichts der vielen Opfer sind für viele Konfliktforscher*innen gerade Kleinwaffen die eigentliche Massenvernichtungswaffe.

Neben Atomwaffen sind Bio- und Chemiewaffen durch völkerrechtliche Verträge verboten. Aber wie viel Sicherheit braucht der Frieden überhaupt? Welche Instrumente gilt es dafür zu stärken und zu entwickeln? Die in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden oder Frankreich angestoßene Initiative „Sicherheit neu denken“ soll auch österreichische Ansätze zur Friedenslogik in die internationale Debatte einbringen.

Thomas Roithner